

Hauptergebnisse
der
1. Wasserkonferenz Lausitz „Bergbau- Wasser- Klima“
am 12.03.2021 in Cottbus

Bergbaublock

1. 150 Jahre Braunkohlenbergbau haben die Lausitz wirtschaftlich nachhaltig geprägt, einen enormen Landschaftswandel herbeigeführt und den Wasserhaushalt der beiden Lausitzer Flüsse Spree und Schwarzer Elster naturfern überprägt. Massive Grundwasserabsenkungen im Einflussbereich der Tagebaue verhindern eine natürliche Speisung der Gewässer; demgegenüber stützen die Sumpfungswasserableitungen aus den Tagebauen den Abfluss insbesondere in Trockenwetterzeiten mit aktuell rund 5 m³/s (dies entspricht einem Anteil von 50 bis 70% bezogen auf den Gesamtabfluss).
2. Deshalb ist beispielsweise der Spreeabfluss, vor 100 Jahren schrittweise beginnend, seit den 1960 iger Jahren bis heute in Trockenzeiten bergbaudominiert und alle Spreeanrainer bis hin zur Metropolregion Berlin-Brandenburg haben sich an das naturferne und über der natürlichen Leistungsfähigkeit der Spree liegende Wasserdargebot gewöhnt. Die Spree zieht sich in Bezug auf das Abflussverhalten künftig langsam wieder ihr „natürliches Kleid“ an. Die Verfügbarkeit von Spreewasser kann deshalb ohne gegensteuernde Maßnahmen durchaus ein limitierender Faktor für das Wachstum der Spreeanrainer in Brandenburg sein. Betroffen von dieser Entwicklung ist auch die Metropolregion Berlin-Brandenburg, die sich darauf einstellen muss.
3. Trockenheit mit extremen Niedrigwässern beeinflussten das Leben im Spreewald auch in vorbergbaulichen Zeiten. Wie dies in der Zukunft ohne Sumpfungswasserableitungen und unter den Einflüssen des Klimawandels aussehen könnte, wird in den kommenden Jahren mit Modellszenarien ermittelt werden. Dabei gilt es, einen Zeitrahmen von 80 bis 100 Jahren zu überstreichen, da in diesem Zeitfenster die Phasen von Einstellung des Braunkohleabbaues, Flutung der verbleibenden Hohlräume (Bergbaufolgeseen) sowie der Existenz und Bewirtschaftung aller Bergbaufolgeseen in der Lausitz jeweils gesondert zu beurteilen sind.
4. Bereits Anfang der 1990iger Jahre gab es einen massiven Strukturbruch in der Braunkohlenwirtschaft und eine angepasste Bewirtschaftung der Spree stand ganz oben auf der Agenda. Mit dem vorzeitigen Braunkohleausstieg rückt Gleiches in die nahe Zukunft. Diesmal jedoch mit dem Vorzeichen eines finalen Endes des Braunkohleabbaus. Dies birgt

Risiken aber auch Chancen. Ein vom Umweltbundesamt in Auftrag gegebenes Projekt „Wasserwirtschaftliche Folgen des Braunkohleausstiegs in der Lausitz“ soll bis Ende 2022 erste wichtige Entscheidungsgrundlagen zur Bewältigung der Herausforderungen unter Beachtung der zukünftigen Wassersituation in Spree und Schwarzer Elster liefern.

5. Das Bundesunternehmen Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV) hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten durch den Aufbau der Flutungszentrale Lausitz (FZL) sowie der Herstellung von Speichern (Bergbaufolgeseen) und zahlreichen Überleitungsbauwerken wesentliche Grundlagen für eine effektive Bewirtschaftung des Lausitzer Wasserhaushaltes unter den Bedingungen eines noch aktiven Braunkohlebergbaues und den parallelen Anforderungen des Sanierungsbergbaues geschaffen. Darauf aufbauend bedarf es weiterer gemeinsamer Anstrengungen der Bergbauunternehmen sowie des Bundes und der Braunkohlenländer zur abschließenden wasserhaushaltlichen Rehabilitierung in der Region Lausitz. Letzteres ist wesentliche Voraussetzung für einen nachhaltigen und damit erfolgreichen Strukturwandel.
6. Die Flutungszentrale Lausitz regelt und steuert seit nunmehr 20 Jahren in enger Abstimmung mit den Landesbehörden zuverlässig die Bewirtschaftung von Spree und Schwarzer Elster und hat gleichzeitig dafür gesorgt, dass die aufgelassenen Tagebaue überwiegend zu erlebbaren Bergbaufolgeseen gewandelt werden konnten.
7. Dass der Wasserhaushalt der Spree in den vergangenen 30 Jahren weitgehend stabilisiert werden konnte, ist der auf Augenhöhe stattfindenden länderübergreifenden Zusammenarbeit der Wasserbehörden von Brandenburg, Sachsen und Berlin, der LMBV und der Betreiberin der aktiven Tagebaue zu verdanken.
8. Mittelfristig sind der Kohleausstieg sowie der Klimawandel und die damit einhergehenden Veränderungen des Wasserhaushaltes die größten Herausforderungen für die Entwicklung von Gesellschaft und Natur in der Region. Vor diesem Hintergrund werden neben der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben von LMBV und LEAG zur wasserhaushaltlichen Rehabilitierung der Bergbauregion auch Anpassungen und Neujustierungen in der Flussgebietsbewirtschaftung notwendig, wie z.B.:
 - die Intensivierung der zielorientierten Zusammenarbeit der strategischen Partner und länderübergreifenden Gremien,
 - die Straffung der Kommunikation und Entscheidungsfindung und
 - Art und Umfang der Berücksichtigung von Aspekten der Standsicherheit und Wasserbeschaffenheit an und in Bergbaufolgeseen

Wasserblock

9. Seit Mitte 2020 liegt ein Strategisches Hintergrundpapier zur Minderung bergbaubedingter Stoffbelastungen in den Flussgebieten der Spree und der Schwarzen Elster vor, welches nunmehr in das behördliche Handeln und letztlich auch in der Erstellung eines flexiblen Strategischen Gesamtplans münden wird.
10. Der beschleunigte und letztlich auch unvermeidliche Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -verstromung und der Klimawandel werden zu einer erheblichen Verringerung und Verschiebung des Wasserdargebots in der Spree führen. Das kann wiederum zu erheblichen

- ökologischen Beeinträchtigungen in den heute existenten Ökosystemen der Gewässer und zu Beeinträchtigungen der Wasserversorgung führen, sofern nicht rechtzeitig angemessen gegengesteuert wird. Die Folgen des Kohleausstiegs und des Klimawandels sind daher dringend zu untersuchen und angepasste Bewirtschaftungsmaßnahmen umzusetzen. Die erforderlichen Maßnahmen sind verursachergerecht zu entwickeln und umzusetzen.
11. Die vom Freistaat Sachsen derzeit bewirtschafteten Wasserspeicher im Oberlauf der Spree stellen wesentliche Stellglieder für den Gesamtabfluss der Spree bis zum Spreewald dar. Die Bewirtschaftung aus einer Hand, wie dies durch die Landestalsperrenverwaltung (LTV) in Sachsen geschieht, hat sich bestens bewährt.
 12. Die geplante Übernahme von fertig gestellten Bergbaufolgeseen der LMBV in Sachsen durch den Freistaat Sachsen ist ein wichtiger und richtiger Schritt zu einem ganzheitlichen Handeln.
 13. Im Land Brandenburg stellt das regionale Niedrigwasserkonzept für das mittlere Spreegebiet eine wichtige Grundlage für die Bewirtschaftung des Spreewaldes in Niedrigwassersituationen dar. Aufbauend auf den Erfahrungen der Trockenjahre 2018 bis 2020 wird das Konzept aktuell überarbeitet und an die neuen Erkenntnisse angepasst. Gleichzeitig hat das Land Brandenburg ein landesweites Niedrigwasserkonzept erstellt, das im Frühjahr 2021 veröffentlicht wurde. Beide Konzepte werden künftig fortgeschrieben und auf die nachbergbaulichen Situationen angepasst.
 14. Die Wasserführung der Spree hat große Bedeutung für das im Land Brandenburg gelegene UNESCO- Biosphärenreservat „Spreewald“ als Modellgebiet nachhaltiger Nutzung, insbesondere des wassergebundenen Tourismus, des Naturschutzes und des Moorschutzes.“ Ebenso ist das Biosphärenreservat „Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft“ in Sachsen vom Wasserdargebot der Spree und deren Zuflüssen abhängig. Neben der ökologischen und fischereilichen Bedeutung kann es zudem eine unterstützende Rolle für nachhaltige Bewirtschaftungsstrategien im Einzugsgebiet der Spree entfalten.
 15. Die Metropolregion Berlin-Brandenburg erhält ihre Hauptzuflüsse über Spree sowie Havel und Berlin deckt 70% seines Trinkwasserbedarfs aus Uferfiltrat, sprich aus Havel und Spree. Die Stadtentwicklung ist unmittelbar mit der Ressource Wasser verbunden. Auch in Brandenburg wird Uferfiltrat der Spree zur Trinkwasserversorgung eingesetzt.
 16. Die Trinkwasserversorgung und die Abwasserbeseitigung, die Schifffahrt sowie die Sicherung eines stabilen Baugrundes sind in Berlin die am meisten von einem ausreichenden Wasserdargebot abhängigen Aspekte. Bereits heute verfügt Berlin über ein alle Nutzer berücksichtigendes integriertes Wassermanagement. Die Trockenperioden 2003, 2006 sowie 2018 bis 2020 haben jedoch gezeigt, wie empfindlich die Hauptstadtmetropole auf natürlich bedingte Wasserdefizite reagiert. Signifikante Veränderungen im Wasserhaushalt der Spree müssen in Zukunft frühzeitig untersucht werden, um durch Anpassungsmaßnahmen die Versorgungssicherheit nicht nur für die Daseinsvorsorge, sondern auch für wirtschaftliche Investitionen sicherstellen zu können.
 17. Die zuständigen Behörden von Berlin, Brandenburg und Sachsen arbeiten gemeinsam daran, den Mindestzufluss der Spree nach Berlin zur Sicherung der Trinkwasserversorgung der Metropolregion Berlin-Brandenburg sicherzustellen.

18. Eine künftige Wasserstrategie muss sich diesen Herausforderungen annehmen und zukunftsfähige und länderübergreifende wasserwirtschaftliche Lösungsansätze entwickeln. Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass sich in der Folge des Braunkohleausstiegs in Verbindung mit einem klimawandelbedingt verringerten natürlichen Wasserdargebot alle gesellschaftlichen Bereiche auf Einschnitte im Wasserverbrauch einstellen müssen. Wassersparende Prozesse sind, verbunden mit Wiederaufbereitung und Kreislaufwirtschaft in der Industrie und allen anderen Lebensbereichen, verstärkt zu entwickeln und in eine unkomplizierte, effektive Praxis zu überführen.

Klimablock

19. Große, BMBF-geförderte Forschungsprojekte lieferten bereits vor 5-10 Jahren konkrete Ansatzpunkte für eine klimaangepasste Bewirtschaftung der Wasserressourcen in der Lausitz, insbesondere im Spreegebiet. „GLOWA Elbe“ unter Leitung des Potsdam Institut für Klimafolgenforschung e.V. (PIK) und des Innovationsnetzwerkes Klimaanpassung Brandenburg Berlin (INKA BB) unter Leitung des Leibnitz-Zentrums für Agrarlandschaftsforschung e.V. (ZALF) legten umfangreiche Ergebnisse zur Wirkung des Klimawandels auf Umwelt und Gesellschaft sowie zu wasserbezogenen Anpassungsmaßnahmen im Spreegebiet vor.
20. Zusätzlich zu den wasserwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen, die sich aus dem Auslaufen des Braunkohlebergbaues ergeben, erschweren die Folgen der Klimaveränderungen die Bewirtschaftung der Wasserressourcen in der Lausitz. Es muss mit einem Anstieg der Temperaturen um ca. 4 °C im Vergleich zu 1971-2000, einer jahreszeitlichen Verschiebung der Niederschläge, einem vermehrten Auftreten von Starkregenereignissen und damit erheblichen Auswirkungen auf die klimatische Wasserbilanz bis Ende des Jahrhunderts gerechnet werden.
21. Die beobachteten und zukünftig erwarteten Veränderungen im Temperatur- und Niederschlagsregime mit einer Kombination von länger anhaltenden Niederschlagsdefiziten und kurzzeitigen Niederschlagsüberschüssen begünstigen zunehmend die Ausbildung bzw. das Ausmaß von Trockenperioden. Diesen ist durch eine neue, auf Rückhalt und Ausgleich ausgerichtete Wasserstrategie zu begegnen.
22. Bisherige Strategien und Maßnahmen der Sanierung der Bergbaufolgen im LMBV- Bereich sowie die noch anstehenden Rekultivierungsaufgaben im Bereich des aktiven Bergbaues, festgeschrieben in Raumordnerischen, Bergrechtlichen und Wasserrechtlichen Genehmigungen, sind auf ihre Nachhaltigkeit und Wirksamkeit zu prüfen und bei Erfordernis den prognostizierten klimatischen Verhältnisse anzupassen.
23. Weiter zunehmende Temperaturen verstärken zudem die Verdunstung, was zu einem Rückgang der Grundwasserneubildung führt. Diese ist jedoch die wichtigste Quelle für den

Ausgleich der bergbaubedingten Wasserdefizite und zur Erneuerung unserer Grundwasservorräte, weshalb auch hier neue Strategien erforderlich sind.

24. Für Prognosen zur Höhe der flächenbezogenen Grundwasserneubildung sind neben der Berücksichtigung klimabedingter Einflussgrößen auch die mit der Herstellung der Bergbaufolgelandschaften einhergehenden Veränderungen von Landnutzung und Grundwasserflurabständen den Gegebenheiten vor dem Bergbau gegenüber zu stellen. Dies hat integral, d.h. über sehr große Gebietskulissen, insbesondere für den Flussabschnitt der mittleren Spree von Bautzen bis nach Leibsch zu erfolgen.
25. Das Klima und die Natur unterliegen einem ständigen Wandel. Wegen dieser Dynamik gilt es analog zur Land- und Forstwirtschaft, auch für Naturschutz- und FFH-Gebiete geeignete Anpassungsstrategien zu finden.